Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten M. B. 134/49

Bonn, den 21. Dezember 1949

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Anfrage Nr. 19 der Abgeordneten Niebergall, Renner und Genossen - Drucksache Nr. 288

Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Winzer und des deutschen Weinhandels soll folgende Wirtschaftspolitik angestrebt werden:

Mit der Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen, insbesondere im europäischen Raum, war es notwendig, bei den Wirtschaftsvereinbarungen gegenüber den am Weinexport stark interessierten Ländern gewisse Zusagen hinsichtlich des Weinimports zu machen. Ein Handelsvertrag mit Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Portugal ist schlechterdings nur möglich, wenn neben den uns interessierenden Waren auch Wein hereingenommen wird. Die Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes bezw. jetzt die Bundesministerien haben es sich dabei mit Rücksicht auf die bekannte Notlage des deutschen Weinbaues angelegen sein lassen, den Rahmen der Einfuhren entsprechend den handelspolitischen Notwendigkeiten so eng wie nur irgend möglich zu ziehen. Dabei ist besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß in erster Linie Industrie- und Verschnittweine zur Einfuhr gelangen und daß die Einfuhr von Trinkwein möglichst niedrig gehalten wird.

Die Bundesregierung beabsichtigt, diesen handelspolitischen Kurs bei den Weineinfuhren auch in Zukunft beizubehalten. Sie wird auch alles daransetzen, daß der nicht unbeträchtliche Schutz durch die bestehenden Zollsätze aufrechterhalten werden wird, wie auch versucht werden wird, die Unterschiedsbeträge in Zukunft zu erheben. Damit ist im Rahmen des Möglichen den wirklich schutzbedürftigen Interessen des Weinbaues Rechnung getragen.

Hinsichtlich der Frage, ob die Weinimporte eine Bedrohung des deutschen Weinhandels darstellen, wird darauf verwiesen, daß gerade die maßgebenden Weinimportkreise ständig für eine Erhöhung des Weinimportes eintreten. Die Ausschreibungen sind bisher um ein Vielfaches überzeichnet worden. Eine weitere Einfuhr von Wein wird indessen, wie bereits erwähnt, nur im Rahmen der handelspolitisch zwingenden Notwendigkeiten erfolgen.

Dr. Niklas